

An die Österreichische Bundesregierung  
An Herrn Bundesminister Dr. Josef Ostermayer  
An Herrn Bundesminister Sebastian Kurz  
An das Präsidium des Nationalrats

per Email: [kultusamt@bka.gv.at](mailto:kultusamt@bka.gv.at),  
[begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)  
[ednan.aslan@univie.ac.at](mailto:ednan.aslan@univie.ac.at)

Wien, 06.11.2014

### **Stellungnahme zum Entwurf zur Novellierung des Islamgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,  
Sehr geehrter Herr Univ.-Prof. Dr. Ednan Aslan,

ich bin weder Jurist noch Politexperte, jedoch bin ich Muslim und spüre eine gewisse Ungleichbehandlung, die der Entwurf zum neuen Islamgesetz mit sich bringt. Diese Ungleichbehandlung, sprich die Degradierung der Muslime zu Bürgern zweiter Klasse wird in manchen Statements, auch von muslimischer Seite, strikt geleugnet.

Univ.-Prof. Dr. Ednan Aslan stellt in seiner Stellungnahme zum Entwurf sogar klar, dass jede Kritik an dem Entwurf des Islamgesetzes zurückzuweisen ist, und dass das neue Gesetz den Muslimen folgende Chancen bieten würde:

- a) Muslimen wäre es jetzt nach 50 Jahren endlich möglich in Österreich tatsächlich heimisch zu werden
- b) Der Islam würde nicht mehr als etwas Fremdartiges wahrgenommen werden
- c) Das neue Islamgesetz würde dem Islam eine Erscheinungsform geben, vor dem sich die österreichische Bevölkerung nicht mehr fürchten müsste.

- d) Durch die Anerkennung des Entwurfes würde der Islam im Hier und Heute ankommen

Diese Aussagen sind eine Beleidigung für Musliminnen und Muslime in Österreich. Sie zeugen von einer Einstellung zu den Muslimen die eines Univ.-Professors nicht würdig sind. Muslime als Versager darzustellen, die 50 Jahre nichts zu Stande gebracht haben ist in einer pluralistischen Gesellschaft, so wie sie der Professor fordert, wohl hinzunehmen aber nicht besonders konstruktiv oder objektiv. Jedoch kann ein Islamgesetz, das mit den oben genannten Annahmen entworfen wurde, nicht den Bedürfnisse der muslimisch-österreichischen Bevölkerung gerecht werden.

Weder sind die Muslime so unfähig wie beschrieben, noch ist es das Erscheinungsbild der Muslime in Österreich, die der Mehrheitsbevölkerung Angst einjagt. Während muslimische Vereine stets bemüht sind Vorurteile, mit zB der langen Nacht der Moscheen oder der Partizipation muslimischer Jugendlicher an Aufräumarbeiten nach Naturkatastrophen, abzubauen, sind Muslime mit der Ausgrenzung rechter Parteien, die Sprüche wie „Daham statt Islam“ plakatieren, konfrontiert.

Nicht die Muslime, die Ihre Freitagsgebete in den Kellergeschoßen der Nation verrichten sind jene, die verantwortlich für die Angst sind, sondern jene die eine unerklärliche Phobie vor Minaretten haben und die abscheulichen Taten der IS den in Österreich lebenden Muslimen zuschreiben möchten.

Herr Dr. Aslan geht soweit, muslimische Organisationen, die von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen, und den Entwurf sachlich kritisieren zu diffamieren. Welchen Beitrag die muslimische Jugendorganisation für die Gesellschaft geleistet hat, wie sie versucht hat Vorurteile abzubauen, Partizipation zu fördern, und eine islamisch österreichische Identität zu schaffen, ist zumindest in den Persönlichkeiten, die sie hervorgebracht hat ansatzweise zu erkennen.

Ich möchte mit einem Vergleich zeigen, dass die Leugnung der Ungleichbehandlung keineswegs zu akzeptieren ist.

Die umstrittenen Passagen (§2 Abs. 2 und 3, §4 Abs. 3) erinnern mich an die Erklärung der ÖVP/FPÖ Regierung, die sie zur ihrer Angelobung im Februar 2000 unter dem Druck des damaligen Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil unterzeichnet hat.

Passagen aus dieser Erklärung wie zB

„Die Bundesregierung ist den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet.“

sind nicht anders zu werten als die Passagen aus dem Islamgesetz.

Niemand kann heute leugnen, dass diese Erklärung aus dem Misstrauen der europäischen Regierungen und der des damaligen Bundespräsidenten gegenüber der damaligen FPÖ mit dem Parteivorsitzenden Jörg Haider entstanden ist. 14 Länder haben damals Österreich sanktioniert. Erst eine monatelange Kampagne der Regierung, und die Wiederaufnahme der ÖVP in der EVP hat Österreich wieder zu einem vollwertigen Mitglied der Europäischen Union gemacht.

Ob dieses Misstrauen gegenüber einer neu angelobten Regierung berechtigt gewesen ist oder nicht, steht hier nicht zur Frage. Jedoch entspringen diese Aussagen aus der Regierungserklärung einem Verdacht, einem Misstrauen.

Die Musliminnen und Muslime, die seit mehr als 50 Jahren friedlich in Österreich leben, sehen sich jetzt mit dem selben Verdacht und Misstrauen konfrontiert, und die selben Forderungen, wie zB sich dem Rechtsstaat unterzuordnen, was für uns Muslime selbstverständlich ist, finden sich im Entwurf zum Islamgesetz wieder. Ich persönlich komme mir vor, wie damals eine rechtspopulistische Partei, obwohl ich glaube, mich stets in meinen 27 Jahren in Österreich, vorbildhaft verhalten zu haben.

Weder will ich von der österreichischen Regierung unter Generalverdacht gestellt werden noch möchte ich von einem Univ.-Prof. als jemand verunglimpft werden, der es nicht geschafft hat, sich ohne seine großzügige Hilfe in die Gesellschaft zu integrieren, der fremdartig oder angsteinflößend ist.

Abschließend möchte ich hervorheben, dass unter Betrachtung dieser Tatsache es an Realitätsverweigerung grenzt, die Passagen aus dem Entwurf zum Islamgesetz (§2 Abs. 2 und 3, §4 Abs. 3) anders als einen Generalverdacht gegenüber allen Muslimen zu bewerten.

Ich bitte Sie daher höflichst, einen neuen Entwurf zum Islamgesetz auszuarbeiten, der die Musliminnen und Muslime von den Vorurteilen des aktuellen Entwurfes freispricht und sie als gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft anerkennt.

Mit freundlichen Grüßen

Volkan Akbulut